



Fleckvieh-Fleischrinder (im Spreewald)

ben fanden sich Antibiotika im Knochen, teilweise weit über dem Grenzwert. Die Ergebnisse seien gravierend, weil Kalbsknochen als Grundlage für Fleischbrühe in die Nahrung gelangten. Nach jüngsten Untersuchungen der Universität Hannover entstehen beim Abbau der Medikamente Stoffwechselprodukte, die erheblich gesundheitsschädlicher sind als die

Antibiotika selbst. In der vergangenen Woche hatte Greenpeace über Messungen bei italienischen Puten berichtet, die in 80 Prozent der untersuchten Fälle Tetracyclin-Rückstände aufgewiesen hatten. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Tetracycline weiterhin als Aufbaumittel in der Tierzucht eingesetzt werden, obwohl dies seit 1974 EU-weit verboten ist.

LANDWIRTSCHAFT

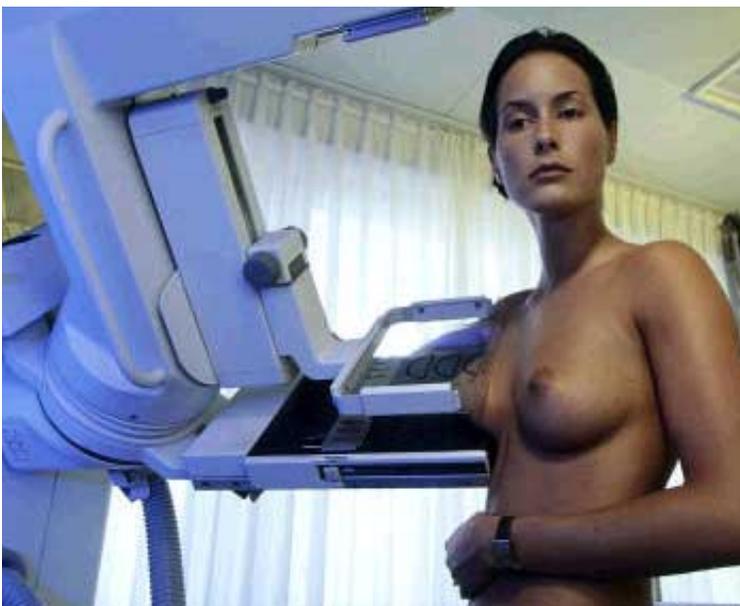
Zuschüsse gestoppt

Mit einem heiklen Entschluss hat das Bundeslandwirtschaftsministerium vergangene Woche den Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses im Bundestag, Peter Harry Carstensen, überrascht. Der Chef der Schleswig-Holstein-CDU, der für Edmund Stoibers Kompetenzteam als Agrarexperte gehandelt wird, fungiert nebenbei als Präsident der Deutschen Gesellschaft für Agrar- und Umweltpolitik (DGAU). Seinem Verein würden die Fördermittel von jährlich 53 000 Euro gestrichen, so die Nachricht aus dem grün geführten Ministerium – fast die Hälfte des Vereinstats. Begründung: Die neue Landwirtschaftspolitik von Renate Künast erfordere es, „den Bereich der institutionellen Förderung zu überdenken“. Die DGAU lässt sich auch von der chemischen Industrie sponsern. Carstensen, einer der größten Kritiker der Öko-Agrarwende, nennt den Vorgang „undemokratisch“. Landwirtschafts-Staatssekretär Matthias Berninger (Grüne) hält dagegen, Carstensen sei der einzige Abgeordnete mit einem aus Steuermitteln finanzierten Verein.

FORSCHUNG

Offensive gegen Brustkrebs

Auf die harte Kritik von Experten an der rückständigen deutschen Brustkrebsmedizin hat das Bundesforschungsministerium nun reagiert und



RONALD FROMMANN / LAF

Mammografie zur Brustkrebs-Vorsorge

will für die Erforschung der Krankheit Extragelder lockermachen. 8,5 Millionen Euro sollen in den kommenden vier Jahren hierfür bereitgestellt werden, zusätzlich zu den 15 Millionen Euro, die für den Zeitraum 2002 bis 2005 bereits eingeplant sind. Forschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) will insbesondere untersuchen lassen, wie man die Früherkennung verbessern kann; auch soll die Wirksamkeit verschiedener Brustkrebs-Therapien verglichen werden. Während die Anzahl der Frauen, die an Brustkrebs sterben, in den USA, Großbritannien, den Niederlanden und Skandinavien im vergangenen Jahrzehnt um 20 bis 30 Prozent gesunken ist, stagniert sie in Deutschland. Wird der Brustkrebs früh erkannt, liegt die Überlebenschance bei bis zu 90 Prozent.

GESUNDHEIT

Umsatzgarantie für Landärzte

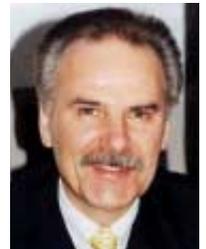
Hans-Joachim Helming, 48, Gynäkologe und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Kassenärztlichen Vereinigungen der Neuen Bundesländer über Maßnahmen gegen Ärztemangel im Osten

SPIEGEL: Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Brandenburg fordert, dass sich Fachärzte anderer Richtungen künftig als Hausärzte niederlassen dürfen, ohne die bislang vorgeschriebene Ausbildung als Allgemeinmediziner oder Internist abzuschließen. Dürfen im Osten jetzt die Amateure ran?

Helming: Keinesfalls. Wir wollen nur, dass in Zukunft beispielsweise ein Gynäkologe, Chirurg, Kinderarzt oder Hautarzt auch als Hausarzt tätig werden darf. Das ist bisher verboten.

SPIEGEL: Weil Hausärzte ein möglichst breites Wissen haben sollen.

Helming: Auch die Spezialisten anderer Gebiete haben eine umfassende Ausbildung. Und backen können wir uns die Ärzte



Helming ja nicht.

SPIEGEL: In den neuen Ländern fehlen schließlich rund 600 Hausärzte. Aus diesem Grund wollen Sie eine „Buschzulage“ für Landärzte durchsetzen. Womit hoffen Sie denn, die Doktoren aufs platte Land locken zu können?

Helming: Wir wollen ihnen eine Umsatzgarantie für ihre Praxis geben, ihnen statt Wegepauschalen Kilometergeld zahlen. Außerdem wollen wir den Mediziner ermöglichen, in einem unterversorgten Gebiet eine zweite Praxis aufzumachen. Wichtige Praxen, die unbesetzt sind, könnten wir als KV selbst übernehmen und mit bei uns angestellten Ärzten betreiben.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das finanzieren?

Helming: Da müssen uns die Kassen unterstützen, die dazu bisher nicht bereit sind. Wir müssen schnell handeln, weil in einigen Gebieten die ohnehin wenigen Ärzte häufig schon über 60 Jahre alt sind. Im brandenburgischen Altkreis Angermünde etwa ist ein Arzt für 3400 Einwohner zuständig statt wie vorgesehen für 1700.

SPIEGEL: Die Kassen bestreiten oft, dass es einen wirklichen Ärztemangel gibt.

Helming: Aber sie schreien auf, wenn ihre Versicherten drei Monate auf einen Termin beim Orthopäden warten müssen.